

Themenübersicht:

1. Thüringen muss neu gegliedert werden
2. EU-Entscheidung zu Gentechnik
3. Alles beim Alten bei Hartz IV dank SPD
4. Für eine vorsorgende Personalpolitik und Perspektiven im Land
5. Bewährte Strukturen in der Forstverwaltung nicht zerschlagen
6. Hunde die bellen, beißen nicht - oder doch?
7. Zur Polizeireform fehlt weiter eine klare Konzeption
8. Debatte zum Klimaschutzgebäudegesetz

1. Thüringen muss neu gegliedert werden

Auch Thüringen muss sich den Gegebenheiten der Zeit stellen und eine Kreis- und Strukturreform durchführen.

Dabei seien als Schlagworte insbesondere der demographische Wandel, die Finanzlage des Freistaates und die häufig falsche Verteilung von kommunalen Aufgaben und Landesaufgaben genannt. Diese Woche fand sich in der OVZ (Osterländer Volkszeitung) ein Artikel, in den wir Grüne uns beispielsweise für einen Landkreis „Reußen-Elster-Altenburg“ aussprechen. Das war mal wieder ein Beleg dafür, dass Journalisten auch gerne mal etwas schreiben, was so nie gesagt wurde.

Im Rahmen eines schriftlichen Interviews wurde lediglich rhetorisch die Frage aufgeworfen – nur als Idee. **„Wir wollen uns zunächst mit den EinwohnerInnen auseinandersetzen und abklären, warum eine Gebietsreform so wenig Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Denn nur durch die Arbeit vor Ort lassen sich Vorurteile aus dem Weg räumen und auf persönliche Belange der Bevölkerung Rücksicht nehmen“**, so der innenpolitische Sprecher Dirk Adams. Erst danach kann ein tragfähiges Konzept mit Leitbild erarbeitet werden.

In den Landesarbeitsgemeinschaften von Innen/Kommunales und Recht sowie Haushalt und Finanzen findet derzeit eine spannende Debatte zu diesem Thema statt. Wer also Interesse an diesem höchst brisanten Thema hat, ist gern dazu eingeladen.

2. Landesregierung verabschiedet sich vom Verbraucherschutz

Dr. Frank Augsten: EU-Entscheidung zu Gentechnik kann fatal für Thüringen sein

Die Zustimmung der Bundesregierung zum Wegfall der Null-Toleranz bei Importen von nicht zugelassenen Futtermitteln ist für unsere Fraktion ein Verbraucherschutzpolitischer Skandal.

„Der Vorgang zeigt aber auch das wahre Gesicht der Thüringer Landesregierung beim Thema Gentechnik, wenn es konkret wird“, sagt Dr. Frank Augsten, unser Sprecher für Umwelt- und Verbraucherschutz. Im Rahmen einer Mündlichen Anfrage haben wir in der Landtagssitzung die Landesregierung zu Ihrer Einschätzung und verbraucherpolitischen Verantwortung befragt. Schließlich findet sich das Bestreben nach gentechnikfreier Landwirtschaft im Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Dem hatte sich auch der Thüringer Landtag im Vorjahr mehrheitlich angeschlossen.

Umso größer ist die Enttäuschung nach der Antwort des Agrarministeriums. „Wenn der jüngste Lebensmittelskandal überhaupt etwas Gutes hatte, dann die Warnung vor zu viel Freizügigkeit bei Futter- und Lebensmitteln. Anstatt die folgerichtigen Lehren zu ziehen, ebnet die Bundesregierung der Gentechnikindustrie den Weg und die Thüringer Landesregierung begrüßt dies noch. Das kann für den Freistaat, der auf seine Agrar- und Lebensmittelwirtschaft angewiesen ist, fatale Konsequenzen haben“, erklärt Frank Augsten.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben in dieser Woche entschieden, dass künftig importierte Futtermittel nicht zugelassene gentechnisch veränderte Bestandteile in einer Höhe von 0,1 Prozent enthalten dürfen. „Auslöser für den jüngsten Dioxin-Skandal waren Futtermittelbestandteile, die in Futtermitteln nichts zu suchen haben“, erinnert Augsten. „Die Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner hatte daraufhin ein härteres Durchgreifen gegen sogenannte Futterpanscher angekündigt. Und tut sie nun in Brüssel? Die gestrige Entscheidung ist geradezu eine Einladung zum Untermischen von Futterbestandteilen, für die es weder eine seriöse Risikobewertung noch eine Zulassung gibt. Was die Gentechnikindustrie freut, muss Verbraucherinnen und Verbraucher mit Sorge erfüllen.“

3. Alles beim Alten bei Hartz IV dank SPD

Nach achtwöchigen Verhandlungen beschlossen heute Bundesrat und Bundestag die Reform der Hartz IV-Regelsätze mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD. Wir Bündnisgrüne im Thüringer Landtag haben den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin von der Leyen unter anderem durch Anträge an die Landesregierung und zuletzt durch eine aktuelle Stunde am vergangenen Mittwoch kritisch begleitet. Dabei ging es uns vor allem um ein vorrangiges Ziel: Die Regelsätze müssen entsprechend der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts neu berechnet werden. **„Die Hürden der Richter waren hoch und als im Vermittlungsausschuss deutlich wurde, dass Schwarz-Gelb die Regelsatzberechnung nicht ändern wird, haben wir Grünen konsequent die Verhandlungen verlassen. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stimmen keinem Gesetz zu, von dem wir annehmen, dass es das Bundesverfassungsgericht erneut kassieren wird“**, so Dirk Adams der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion. Bis dahin hatten wir zusammen mit der SPD gegen den teilweise massiven Widerstand von CDU und FDP Verbesserungen und die notwendigsten Korrekturen wie z.B. deutlich erhöhte und erweiterte Bildungspaket für Kinder, die Unterstützung der Kommunen und die überfällige Einführung von Mindestlöhnen in der Zeitarbeitsbranche durchsetzen können. Auch der Thüringer SPD waren diese Korrekturen, obwohl sie weiterhin Verfassungsbedenken hatten genug. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Bündnisgrünen im Thüringer Landtag zeigt sich vor allem über SPD-Minister Matthias Machnig erstaunt. **„Während der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag glänzte Minister Machnig als Verteidiger des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Seitdem seine Partei vor Schwarz-Gelb eingenickte, ist es seltsam still um das Thüringer Wirtschaftsministerium geworden. Er wird wissen warum“**, so Adams. Dank der SPD wird sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit Hartz IV beschäftigen müssen und die handwerklichen Fehler der PolitikerInnen korrigieren.

4. Für eine vorsorgende Personalpolitik und Perspektiven im Land

Unser Antrag "Perspektiven für Thüringer Lehrerinnen und Lehrer schaffen" zielt auf eine vorausschauende Personalpolitik für LehrerInnen. Wir müssen dem drohenden Lehrermangel frühzeitig begegnen, immerhin beträgt der Altersdurchschnitt der Thüringer LehrerInnen 50,9 Jahre", betont Astrid Rothe-Beinlich.

„Leider ließ der Sofortbericht der Landesregierung viele Fragen offen. Im Ausschuss werden wir daher weiter diskutieren und darüber sprechen, dass Thüringen sich offensiv um junge LehrerInnen, auch aus anderen Ländern, bemühen muss. Zudem braucht es verpflichtende Aus- und Fortbildungsmodule zum Umgang mit Heterogenität“, schließt Astrid Rothe-Beinlich.

5. Bewährte Strukturen in der Forstverwaltung nicht zerschlagen

Dr. Frank Augsten: Waldumbau braucht Zeit und finanzielle Unterstützung

Unsere Fraktion unterstützt den Antrag "Internationales Jahr der Wälder 2011 - eine Chance für die Thüringer Forstwirtschaft" der Regierungsfractionen, sieht aber auch, dass sich viele der genannten Ziele nur unter bestimmten Voraussetzungen umsetzen lassen. „Das Internationale Jahr der Wälder ist nur eine Chance für Thüringen, wenn an den richtigen Stellschrauben gedreht wird“, sagt unser forstpolitischer Sprecher, Dr. Frank Augsten.

So sei der geforderte Waldumbau auf 100 000 Hektar zwar begrüßenswert. „Bei der momentanen Arbeitsweise bleibt aber zu befürchten, dass dieses Ziel verfehlt wird“, so Frank Augsten weiter. Ohne finanzielle Untersetzung ist dieses Ziel nicht realisierbar! Zudem spielt die Jagd beim aktiven und passiven Waldumbau eine wichtige Rolle. „Die Zahl der Verbiss- und Schältschaden in Thüringen macht deutlich, dass in vielen Regionen ein Waldumbau im Sinne einer Änderung in der Baumartenzusammensetzung unter den jetzigen Bedingungen nicht möglich ist“, erläutert der Forstexperte. Eine Reform des Jagdrechts sei angesichts eines Schadens von acht Millionen Euro pro Jahr durch Wildschäden überfällig.

Frank Augsten sieht außerdem im angestrebten Rechtsformwechsel der Forstverwaltung zur Anstalt öffentlichen Rechts keinen innovativen Schritt zur Verbesserung der Forstwirtschaft. „Im Gegenteil, die Umwandlung zur Anstalt öffentlichen Rechts gefährdet die Beibehaltung des gegenwärtigen Aufgabenspektrums der Forstverwaltung“, kritisiert er und fordert die Regierung erneut auf, sich von diesem Projekt zu verabschieden.

Kritisch sieht Frank Augsten auch die in Thüringen gesetzlich verankerte Waldvermehrung. „Angesichts der wachsenden Flächenkonkurrenz und der stark steigenden Preise für landwirtschaftliche Flächen ist es einem walddreichen Land wie Thüringen an der Zeit, der Landwirtschaft nicht weiter Acker und Grünland zu nehmen“, meint er. Auch diesen Aspekt will unsere Fraktion im Umweltausschuss weiter beraten.

6. Hunde die bellen, beißen nicht - oder doch?

In Thüringen wurde die Problematik Kampfhunde und Rasselisten aufgrund des tragischen Ereignis Anfang Mai 2010 in Sachsenburg aktuell: Bei einem Übergriff von vier Staffordshire-Terriern wurden eine Dreijährige tödlich und eine weitere Person schwer verletzt.

Anschließend legte die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum „Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren“ vor. Thüringen hatte als einziges Bundesland bisher auf die Einführung einer Rasseliste verzichtet. Nun sollen Hunde der Rasse Staffordshire-Terrier, Pit Bull Terrier, Staffordshire-Bullterrier und Bullterrier als gefährliche Hunde gelten und besonderen Sanktionen unterworfen werden.

Unsere Fraktion hat lange über dieses emotionale Thema diskutiert und den Tierschutz und die Sicherheit der Bevölkerung gegeneinander abgewogen. Natürlich ist jeder Hund grundsätzlich gefährlich. **„Manche Hunderassen können allerdings aufgrund ihrer Größe und körperlichen Eigenschaften schwerere Verletzungen verursachen. Häufig halten gerade Personen, die diesen Tieren nicht gerecht werden, Hunde dieser Rassen als Prestigeobjekt“**, sagt unser innenpolitischer Sprecher Dirk Adams.

Wir haben uns in den LAGen auf einen Kompromiss geeinigt, dass die Gefährlichkeit der Hunde mittels Sachkundenachweis wiederlegt werden kann. **„Dadurch kann jeder den verantwortungsvollen Umgang mit seinem Hund nachweisen“**, so Dirk Adams weiter. Die eigentliche Herausforderung ist jedoch die konsequente Anwendung des neuen Gesetzes. **„Es bleibt nur ein Papiertiger, wenn es nicht wirklich durchgesetzt wird“**, schließt Dirk Adams.

7. Zur Polizeireform fehlt weiter eine klare Konzeption

Die Neuorganisation polizeilicher Strukturen in Thüringen hat schon manchen Innenminister verzweifeln lassen, ja sogar das Amt gekostet.

Christian Köckert (CDU) machte sich als erster Minister unbeliebt, als er ankündigte, die Zahl der Polizeiinspektionen drastisch reduzieren zu wollen. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand. Drei Jahre später versuchte sich der Neue, Innenminister Karl Heinz Gasser und ging ans Werk für den ganz großen Wurf. OPTOPOL (Optimierung der Thüringer Polizeistruktur) wurde ins Leben gerufen. Doch das Projekt wurde zum Desaster und zwei Jahre später trat Gasser zurück. In dieser Legislaturperiode wagte sich erneut ein Minister an das Unterfangen: Prof. Peter M. Huber (Minister a.D.). Er hinterließ mit der dem Gesetzentwurf zur Neufassung und Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen seinem Nachfolger, Jörg Geibert ein schweres Erbe. Muss sich das neue Konzept auch wieder heftigster Kritik stellen.

„Wie mit diesen Maßnahmchen eine Struktur geschaffen wird, die bis ins Jahr 2020 tragen soll ist fraglich. Gar nicht zielführend ist die Umetikettierung von sieben Polizeidirektionen in sieben Landespolizeiinspektionen. Damit wird nur eins deutlich: Es fehlt die Kraft für echte Reformen!“, so unser innenpolitischer Sprecher, Dirk Adams. Es gibt weder ein Personalentwicklungskonzept noch ein Finanzkonzept. **„Wie der Plan umgesetzt werden soll, mehr PolizistInnen für den Streifendienst vorzuhalten, umgesetzt werden soll ist also mehr als nebulös“**, so Dirk Adams.

8. Debatte zum Klimaschutzgebäudegesetz

Wenig Neues hatte der Bauminister zu unserem Berichtersuchen zur energetischen Sanierung im Gebäudebestand zu bieten. **„Immerhin – die Meinungsfindung innerhalb der Koalition sei noch nicht abgeschlossen. Übersetzt heißt das: der Wirtschaftsminister will ein Klimaschutzgesetz, der Bauminister kann sich damit noch nicht anfreunden.“** Jennifer Schubert äußerte in der Debatte ihre Enttäuschung darüber, dass die Landesregierung die Fragen in unserem Antrag immer noch nicht beantworten kann, insbesondere inwieweit die Vorbilder aus Baden-Württemberg und Berlin (Stufenmodell) auf Thüringen übertragbar sind. Wir werden unsere Initiative zu einem Klimaschutzgebäudegesetz im Bestand energisch vorantreiben.